



WISSING: Forderungen nach Nutzung des Soli zum Schuldenabbau sind unglaublich

WISSING: Forderungen nach Nutzung des Soli zum Schuldenabbau sind unglaublich
Zu den Forderungen einiger Bundesländer nach Umwidmung des Soli zur Tilgung von Altschulden, erklärt der stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Volker WISSING: Der Solidaritätszuschlag wurde ursprünglich eingeführt, um die Kosten der deutschen Einheit zu finanzieren. Mit dem Auslaufen des Solidarpaktes ist dieser Zweck erfüllt, deshalb sollte dessen Ende auch das Ende des Soli sein. Es ist eine Frage der politischen Ehrlichkeit, eine Steuer auslaufen zu lassen, wenn sie den vorgesehenen Verwendungszweck erfüllt hat. Die Forderungen, insbesondere aus den Reihen der Opposition, den Soli zum Abbau der Altschulden zu verwenden, sind unseriös. So rechtfertigen die Grünen die von ihnen geforderte Einführung einer Vermögensabgabe bereits mit der Tilgung der Staatsverschuldung. Nun soll dazu auch noch der Soli weitergeführt werden. Das zeigt deutlich: den Befürwortern einer Beibehaltung des Soli geht es nicht um die Tilgung von Schulden, sondern um höhere Staatsausgaben. Wer tatsächlich meint, dass die Beibehaltung des Soli aus haushaltspolitischen Gründen unabdingbar sei, muss auch konsequent auf zusätzliche Staatsausgaben verzichten. Davon kann aber bei den Befürwortern einer Beibehaltung des Soli keine Rede sein. Die Debatte über ein Auslaufen des Soli ist nicht nur eine Steuererhöhungsdebatte, sondern auch eine über mangelnden Sparwillen. Die FDP hält an ihrer Forderung fest, den Soli auslaufen zu lassen. Freie Demokratische Partei (FDP) Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14 10117 Berlin Deutschland Telefon: 030-288772-0 Telefax: 030-288772-22 Mail: redaktion@liberale.de URL: <http://www.fdp.de>

Pressekontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

fdp.de
redaktion@liberale.de

Firmenkontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

fdp.de
redaktion@liberale.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.